

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1919

107 (17.4.1919) Erstes und Zweites Blatt

Seitenspreis: In Karlsruhe frei ins Haus geliefert vierteljährlich 4.80 M., monatlich 1.60 M., an den Abonnenten abgerechnet monatlich 1.50 M. Auswärts durch die Post frei ins Haus geliefert vierteljährlich 4.80 M., monatlich 1.60 M., Einschluß 10 Pfg.

Berlin, Schriftleitung und Geschäftsstelle Ritterstraße 1.

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenchrift „Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Anzeigen: Die Anz. Nonpareille oder deren Raum 25 Pfg., Kleinan. 1 M., an erst. Stelle 1.20 M., auf diese Preise 30% Feuerungsauflage. Rabatt nach Tarif. Anzeigen-Nachnahme bis 12 Uhr mittags. Kleinere Anzeigen kost. bis 4 Uhr nachmittags. Fernsprechanzeige: Geschäftsstelle Nr. 203. Berlin Nr. 297. Schriftleitung Nr. 20 n. 88

Geschäftsführer: Gustav Heppert; verantwortlich für Politik: Martin Golsinger; für Baden, Soziales und Volkswirtschaft: Heinrich Gerhardt; für Kunst: Carl Seifemeyer; für Anzeigen: Paul Kuhnmann. Druck und Verlag: C. S. Kallert'sche Buchdruckerei in Karlsruhe. — Berliner Redaktion: Dr. Kurt Gerlach, Friedenau, Breitenstraße 65/66. Teleb.-Amt Umland 2902. Für unverlangte Manuskripte oder Druckfahnen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Vorsto betrefft ist.

116. Jahrg. Nr. 107.

Donnerstag, den 17. April 1919

Erstes Blatt.

Karfreitag, den 18. April, bleibt unsere Geschäftsstelle geschlossen.

Die Freitagsnummer unseres Blattes wird schon heute abend ausgetragen. Das Tagblatt vom 19. April erscheint Samstag mittags.

Geschäftsstelle des Karlsruher Tagblattes.

Der Achtstundentag.

Von Dr. Otto Höbrenbach.

Schon 1816 hat der berühmte englische Sozialreformer Robert Owen an Stelle der üblichen 14 Stunden eine achttündige Arbeitszeit empfohlen und ist in eigenen Schriften bis 10 1/2 Stunden herunter angesetzt, ohne das kapitalistische Interesse zu berücksichtigen, aber nicht ohne weichen seinen Lehren, daß Verkürzung der Arbeitszeit die Produktion steigere, angeheime und verlaßt zu werden. 1838 gab er einen „Katechismus des Achtstundentags“ heraus, des Inhalts, daß acht Stunden die längste Periode menschlicher Anstrengung sei, die der Durchschnittsarbeiter ertragen könne, „um gesund, intelligent, tugendhaft und glücklich zu sein“. Längere Perioden seien durch die modernen Erfindungen unnötig, acht Stunden würden schon einen Ueberfluß an Reichtum erzeugen, mehr würde eine Ausbeutung an privaten Zwecken darstellen. 1842 meinte ein deutscher revolutionärer Geist, die Gesellschaft sollte verpflichtet sein, jedem Mitglied für eine achttündige Arbeitszeit alle notwendigen und nützlichen Sachen und Dienstleistungen zu liefern (aber jedermann solle berechtigt sein, sich durch eine gewisse Zahl von Ueberstunden auch die bloß angenehmen Produkte und Dienstleistungen zu verschaffen. Weitläufig in „Garantien der Harmonie und Freiheit“).

1846 fanden die Chartisten in England das Achtstundentage für Frauen und Jugendliche durch, das selbstverständlich auch auf die Weiblichkeitsarbeit der männlichen Arbeiter rückwirkte. 1845 galt unter Louis Blanc in Paris kurze Zeit ein Achtstundentag, elf Stunden für die Frauen. In den 70er Jahren übernahmen die englischen Gewerkschaften den Kampf für den Achtstundentag gegen Manufakturisten und „orthodoxe Nationalökonomie“, und nach ihnen die deutsche Sozialdemokratie (Erfurter Programm Siffer 1a der sozialpolitischen Forderungen). Heute will Spartakus wieder den Achtstundentag.

Praktisch eingeführt worden ist in England 1838 der Achtstundentag in den Regierungsbetrieben des Meeres und der Flotte, 1909 im Bergbau; 1901 wurde der Samstag auf 5 1/2 Stunden gekürzt. Die Schweiz hat 1871 den Achtstundentag angenommen, Südtirol 1894 den Achtstundentag, Frankreich 1904, in mehreren Jahren halbtägig abgebaut, ebenfalls. neun Stunden gelten für den Bergbau seit 1906 in Frankreich, 1907 Oesterreich (Industrie 11 Stunden), 1909 Belgien. Schon 1901 arbeiteten in der Schweiz und in Oesterreich 65 Prozent der Arbeiter kürzere Zeit, als eigentlich vorgeschrieben: im englischen Bergbau arbeitete man in den letzten 10 Jahren fast nicht länger als 7 Stunden. Rußland hat 1897 den 11 1/2-Stundentag eingeführt; normal wurde dort in den letzten 10 Jahren 54 bis 60 Stunden gearbeitet; 1905 gab es für die staatlichen Eisenbahnen und die Betriebe der Marine einen 9-Stundentag, den auch die Buchdrucker durchsetzten, während die Arbeiter der Erdöl- und Zuckerindustrie schon den 8-Stundentag genossen.

Italien hat gesetzlich für Frauen 12 Stunden, für die öffentliche Verwaltung 10 Stunden Arbeitszeit.

Das gelobte Land des Achtstundentags ist Australien; dort erkannten ihn die Gewerkschaften ab 1856, zuletzt 1875 in der Eisenindustrie und später noch im Kleinergewerbe durch Streik und Kollektivverträge. Ueber 48 Stunden hinausgehende Zeit muß als Leberlunde bezahlt werden. Heute macht man dort schon Experimente mit kürzerer Zeit: eine Schiffsfabrik in Neuseeland erzielte mit kürzerer Arbeitszeit und höheren Löhnen eine bessere Arbeitsleistung, eine andere bei Verabreichung der 48 auf 45 Stunden ein Verlangen von bloß 6 von 300 Arbeitern. Freilich befindet sich Australien wirtschaftspolitisch in Ausnahmezustand bei überwiegender Ueberproduktion, ohne Einwirkung und ohne nennenswerte Ausfuhr von Fabrikaten.

Anderer der Antipoden Japan; dort ist in den Baumwollspinnereien noch die 12-Stundenschicht im Brauch, in den Maschinenfabriken die 10-Stundenschicht, im Eisen in der Provinz noch 14 bis 15, in Seidenwebereien sogar 16 bis 17 Stunden. Dabei kein Sonntag, aber Nacharbeit und durch Raufen bei der einfachen Reismahlerei, wenn überbaut, so nur unbedeutende Unterbrechung der Arbeitszeit. Ein Gesetz von 1911, das 1914 hätte in Kraft treten sollen, ordnet in Betrieben mit mehr als 15 Arbeitern für Frauen und Jugendliche den 12-Stundentag, Verbots der Nacharbeit und zwei Ruhetage im Monat an. Darunter etwa ein Drittel der Arbeiter und die Staatsfabriken; das Gesetz steht vielfach Ausnahmen und eine Leberanasseit von 15 Jahren vor.

Eine ähnliche Ausbeutung, aber nur bei nicht einheimischer Arbeitskraft, ist in den Vereinigten Staaten von Amerika zu beobachten: Gesehe werden unansehen oder von den Gerichten quantifiziert der Vertragsfreiheit für unanständig erklärt. In den Baumwollplantagen und -Käulen des Südens wird von Frauen und Kindern, hauptsächlich Italienern, eine Arbeitszeit von 12 bis 14 Stunden erzwungen; in den Eisenwerken des Nordens, wo ebenfalls 50 Prozent Einwanderte (Oesterreicher, Slaven insbe-

sondere) arbeiten, sind 12 Stunden die Regel. Normal besteht für die Bürger der Union ein vertragsmäßiger Achtstundentag und der Zehner zu einem Neunstundentag, für Bergwerke und Schmelzöfen 8 Stunden. Schon 1840 hat man in den Reiterungsbetrieben nur 10 Stunden, seit 1868 nur 8 Stunden gearbeitet.

Seit 1891 hatten wir im Deutschen Reich einen Minimalarbeitszeit für alle Frauen und die Jugendlichen (14 bis 16 Jahre, §§ 135, 137 Gewerbeordnung) von 11 Stunden, durch die Gewerbeordnungsnovelle von 1908 auf 10 Stunden herabgesetzt. In Preußen wurde einige Jahre vor dem Krieg mit der Männerarbeit im Bergbau bis zu 6 Stunden (an Stellen mit mehr als 250 O) herabgesetzt; Bayern hatte für den Bergbau die

Sorgen der Reichsregierung.

S. Aus Weimar wird uns gedruckt:

Die Überbotschaft des Reichspräsidenten Ebert wendet sich an ein Volk, das unmittelbar vor der schicksalsschweren Entscheidung steht, ob es einen Gewaltfrieden nachsüchtiger und raubgieriger Feinde unterschreiben, oder dem Siegerwahn mit einem entschlossenen Willen auf alle Gefahren hin trotzen soll. Dieses deutsche Volk ist leider jetzt in sich selbst so gespalten und uneinig, so verwirrt und verhetzt, daß man einen ganz festen Glauben an die Unerfüllbarkeit dieses Volkes haben muß, um an seiner nächsten Zukunft nicht völlig zu verzweifeln. Mit Bangen und Grauen denkt man dieser Tage an München, wo der kommunistische Irrsinn nun doch zur Herrschaft gelangt ist. In Weimarer Regierungskreisen hofft man allerdings nach eingegangenen Meldungen bestimmt, daß diese Prüfung für die bayerische Hauptstadt bald vorüber sein wird. Die Regierung hofft nun in Bamberg wird sich schon in den nächsten Tagen auf eine ausreichende Truppenmacht stützen können, um die Landeshauptstadt zu befreien. Vor allem wird dann Gelegenheit gegeben werden, die Bauernschaft mit Waffen zu versehen, deren Mangel sie bisher verhinbert hat, sich gegen den roten Terror zur Wehr zu setzen. Wie ich höre, soll aber nach wie vor vermieden werden, nichtbewaffnete Truppen zu verwenden, da trotz der furchtbaren sozialen Wirren der bayerische Partikularismus womöglich noch zugenommen hat, vor allem infolge des gewissenlosen Demagogentums.

Die andere aktuelle Sorge der Reichsregierung, die getrieben zum größten Teile nach Berlin zurückgeführt ist, bildet der Berliner Angelegenheitenstreik, der die Rahmlegung unseres Wirtschaftslebens zu vollenden und leider bisher noch leidlich ruhige Bevölkerungsschichten politisch zu fanatisieren droht. Der Reichspräsident Ebert und vor allem der Arbeitsminister Bauer haben im Weimarer Schloß mit den Abordnungen der Angestellten und Arbeitgeber des Bankergewerbes und der Metallindustrie verhandelt. Die Gehaltsfragen haben sich dabei weniger schwierig herausgestellt, als das Verlangen der Angestellten im Metallergewerbe auf Mitbestimmungsrecht in den einzelnen Betriebsfragen, vor allem bei sämtlichen Personalentscheidungen und Kündigungen. Die Verhandlungen scherterten zuerst an der Hartnäckigkeit, mit der beide Teile ihren Interessenstandpunkt verteidigen, doch vernehme ich, daß die Vertreter der Angestelltenverbände eingeleitet haben. Die Regierung versucht nun in Berlin angestrengt, noch bis Ostern eine Einigung herbeizuführen.

Der Ausstand in Berlin.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 16. April. Am heutigen Vormittag arbeiteten, ausgenommen die Metallindustrie und das Bankergewerbe, die Angestellten noch in allen Branchen, in denen die Unternehmer das Mitbestimmungsrecht nicht bewilligt haben, dagegen ist der größte Teil der Angestellten der Branchen ausständig, in denen getrieben das Mitbestimmungsrecht ist, wie in den Brauereien. Zugleich streifen die Angestellten der Berliner Spezialgeschäfte und Warenhäuser. Der allgemeine Ausstand ist noch nirgends in Erscheinung getreten. In den Betrieben dauern die Abstimmungen noch fort. Ein sehr erheblicher Teil der Angestellten ist gegen den Ausstand, der nicht um soziale Forderungen, auch nicht einmal um das Mitbestimmungsrecht geht, das ja von der Regierung angezogen worden ist. Die Obleute der Angestelltenverbände der Kommunalangestellten bitten ausdrücklich um die Erklärung, daß sie nicht daran denken, in den Ausstand zu treten. Weber die Angestellten der Elektrizitätswerke, noch die der Straßen- und Untergrundbahn nehmen an dem Ausstand teil. In diesen Betrieben finden auch keine Abstimmungen statt. Im Siemensbau fand eine Sitzung des Schlichtungsausschusses statt, an der die Vertreter der Banken und der ausständigen Bankangestellten teilnahmen. Die Regierung bemüht sich fortgesetzt um gütliche Beilegung des Konfliktes und Vermeidung des allgemeinen Ausstandes. Ministerialdirektor Brügger hat sich mit der Ausstandsleitung in Verbindung gesetzt, um neue Verhandlungen anzuknüpfen.

Berlin, 16. April. (Eig. Drahtber.) Aus den bisher eingegangenen Abstimmungsergebnissen wegen des allgemeinen Ausstandes der Angestellten in kleineren, mittleren und Großbetrieben läßt sich erkennen, daß die große Mehrheit der Ange-

stellten sich gegen den Ausstand erklärt. Bei der Abstimmung in den Warenhäusern Berlin und Sanderf, die zusammen etwa 10 000 Angestellte beschäftigen, waren nur 12 gegen den Ausstand.

Der allgemeine Ausstand in Bremen.

(Eigener Drahtbericht.)

Bremen, 16. April. In einer gestern abend hier abgehaltenen Versammlung verlas der Vorsitzende eine Bekanntmachung des Vize-Karles, der von 12 Uhr nachts ab den allgemeinen Ausstand erklärt. Die Arbeiter der großen Werke, Altmetallgeschäft, Weser, Hanja-Kloßwerke, sind heute morgen der Arbeit ferngeblieben, während bei der Maschinenfabrik Frank um 9 Uhr ein Teil der Arbeiter das Werk verließ. Der größte Teil der Straßenbahnen hat sich dem Ausstand angeschlossen. Das Gas- und Wasserwerk arbeiten weiter.

Berlin, 16. April. (Eig. Drahtbericht.) Die wir aus Bremen erfahren, hat sich ein sehr arger Teil der Arbeiterkraft nur widerwillig dem Ausstand angeschlossen. Die Forderung der Lebensmitteldarstellung ist nicht erfüllt. In der Stadt ist alles ruhig.

Der Streik im Ruhrgebiet.

(Eigener Drahtbericht.)

Essen, 16. April. Die Zahl der Streikenden in der heutigen Frühstunde hat um etwa 10 000 abgenommen, so daß gegen den Schichtstand ein Rückgang von 50 000 zu verzeichnen ist. Es streiken 117 944 gegen 128 629 gestern. Die Gesamtzahl der Ausständigen in den heutigen drei Schichten betrug 246 916 gegen 263 141 am Montag. In allen drei Schichten vermindert sich die Zahl der Ausständigen im Vergleich zum Schichtstand um 75 000.

Besserung der Lage in Düsseldorf.

(Eigener Drahtbericht.)

Düsseldorf, 16. April. Infolge der gestern beschlossenen Aufnahme der Volkstagsarbeiten ist die Verhinderung der Stadt mit Gas und Elektrizität, wenn auch in beschränktem Umfang, wieder möglich. Die Zeitungen können wieder erscheinen. Die Wasserwerkverträge der Stadt ist normal.

Verhaftung mehrerer Sozialistenführer in Dresden.

(Drahtmeldung unseres Dresdener Korrespondenten.)

Dresden, 16. April. Die Sozialistenführer Kimmia, Krensel, Kühle, Lebisohn und andere wurden verhaftet. Das Sozialistenblatt „Der Kommunist“ in Dresden wurde verboten.

Schützengräben und Feldwachen vor München.

(Eigener Drahtbericht.)

Augsburg, 16. April. Die Sozialisten haben bis vor die Tore Münchens Feldwachen aufgestellt und Schützengräben ausgehoben, in die sie Maschinengewehre eingebaut haben. Trotzdem ist es den Regierungstruppen gelungen, mit harter Artillerie bereits bis Dachau zu gelangen. Die Reichswehr, die mit Automobilen aus München in Augsburg eintrifft, berichtet, daß sich an dem Stande der Dinge in München nichts geändert habe. Der allgemeine Ausstand dauert an. Es herrscht Diktatur und Terror. Der geistige Führer der Kommunisten ist der „Gefahrenschiff“ Sondheimer, der gemeinsam mit Zoller, dem 24jährigen Studenten, neue wilde Proklamationen unterzeichnet.

Keine Anerkennung der Münchner Räterepublik durch die Entente.

Berlin, 16. April. Die Alliierten liehen in Spa mitteilen, daß die Gerichte unrichtig sind, die Entente habe die bayerische Räterepublik anerkannt.

Verteilung ausländischer Lebensmittel.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 16. April. Wie erfahren von zuständiger Stelle: Gegenüber verschiedenen irigen Auffassungen kann festgestellt werden, daß die aus dem Ausland eingeführten Lebensmittel grundsätzlich unterchiedslos auf die gesamte Bevölkerung verteilt werden. Bezüglich von den ersten, für die allgemeine Verteilung unzureichenden Sendungen erhalten Städte über 50 000 Einwohner und Industriegebiete ohne Rücksicht auf die Bevölkerungszahl vorzugsweise Verteilung.

Leinen für Säuglinge und Kranke.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 16. April. Nach einer Meldung aus Stockholm hat das Schwedische Rote Kreuz nunmehr von der Regierung die Erlaubnis zur Ausfuhr von 5 Tonnen Leinen für Zwecke der Säuglings- und Krankenpflege in Deutschland erhalten.

und 1. Novelle von 1900), und die 1906 bereits international vereinbarte 11stündige Nachruhe der Frauen, der unsere Gewerbeordnung den 8stündigen Samstag (§ 137 Novelle von 1908) hinzufügte.

Die sozialistische Reichsregierung hat zunächst für Väter und Konfessionen am 23. November 1918 mit Gesehebestkraft verordnet, daß die tägliche Arbeitszeit 8 Stunden nicht überschreiten darf (außerdem Sonntags- und Nachruhe von 10 bis 6 Uhr), sodann hat sie — auf juristisch nicht einwandfreiem Wege — durch „Anordnung“ des Demobilisationsamts vom 23. November der Arbeiter in allen gewerblichen Betrieben den Achtstundentag bestimmt. Ausnahmen sind zulässig in den Verkehrsberufen nach Vereinbarung von Betriebsleitung mit Arbeiterverband und nach einer Aufhebungsverordnung vom 17. Dezember vom Demobilisationskommissar aus a. B. zur Sicherstellung der Volksernährung. Hierzu hat die badische vorläufige Volksregierung eine Vollausführungsverordnung vom 3. Dezember veröffentlicht, nach der die 8stündige Arbeitszeit in die Tagesstunden von 7 Uhr morgens bis 4 Uhr nachmittags zu legen ist. Weiter hat der badische Demobilisationskommissar mit Wirkung vom 20. Januar 1919 am 15. Januar zur Erprobung von Seis- und Beleuchtungsstellen verordnet, daß lohnverbrauchende Gewerbebetriebe nur 32 Stunden wöchentlich arbeiten dürfen, hat ferner die Verfügung vom 3. Dezember bestätigt (Abweichungen soweit Kohlenverbrauch vermieden wird, den Demobilisationsausstellungen vorbehalten), und schließlich die Arbeitszeit „in allen nicht behördlichen Bureaus“ auf 8 Stunden beschränkt. Verbleibensfall ist dabei ausnahmslos. Das ist, wenn auch nicht unanfechtbar geltendes, aber Hebergenoss- und Poststandsrecht, eine Erumfangsfrage der Revolution, auf die nicht mehr verzichtet wird; die dritte Landesversammlung der badischen A., B., C. und S.-Käte hat am 10. Januar in Durlach in ihre Entscheidung, Sicherung des Achtstundentags“ aufgenommen, die Sozialdemokratische Partei hat sich reiflos auf diesen Punkt gestellt, die Demokraten haben dazu erklärt: „Der 8stündige Arbeitstag in Industrie und öffentlichen Betrieben soll aufrecht erhalten werden, sofern nicht die allgemeine Wirtschaftslage und Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt eine andere reichsrechtliche Regelung erfordern. Die Sicherstellung auf internationaler Grundlage ist zu erziehen“; das Zentrum: „Wir werden uns angeschlossen sein lassen, den Achtstundentag für die Industrie und Staatsarbeiter zu erhalten, soweit die politische und wirtschaftliche Lage es gestattet“.

Das Saargebiet.

Die französischen und englischen Blätter melden ein angebliches „Uebereinkommen“ der Ententemächte, daß das urdeutsche Saargebiet den Franzosen auf ewig zur Ausbeutung und auf 16 Jahre zur Verwaltung überlassen werden soll. Dann soll eine Volksabstimmung über die Zugehörigkeit dieses Gebietes zu Deutschland oder Frankreich entscheiden.

Wir haben schon über viele Fragen ähnliche Antworten durch die feindliche Presse vernommen, ohne daß nur das Geringste auf diesen Punkt der Mitteilung gewesen wäre. Wenn auch bei der Mitteilung über die Zukunft des Saargebietes, leicht ein wahrer Kern vorhanden sein sollte, so muß man ihr doch mit größtem Mißtrauen gegenüberstehen. Eine offizielle Bestätigung ist bisher weder in Berlin, noch in London oder Paris erfolgt. Es dürfte sich darum vielleicht viel eher um einen französischen Verwicklungsballon handeln, der von einer der unzähligen französischen Presseagenturen — vielleicht sogar mit Billigung oder auf Veranlassung der französischen Regierung — in die Welt geschickt wurde, um die Stimmung zu sondieren. Fraglos enthält die angegebene Lösung der Frage alle Wünsche Frankreichs, darum sieht sie auch auf offener nach französischer Wache aus, denn wer die französischen Pressestimmen der letzten Tage verfolgt hat, die die Entente und Wilson beschwören, die Angelegenheit des Saargebietes nur im Sinne Frankreichs zu regeln, der wird diese Meldung mit größter Vorsicht lesen. Die französische Presse erklärte, daß Frankreich ohne das Saargebiet zu Grunde gehen müsse und um alle Früchte des Sieges komme.

Nach diesen dringenden Beschwörungen, die offensichtlich von der französischen Regierung in Szene gesetzt wurden, da sie alle zu gleicher Zeit erschienen, steht es nicht so aus, als ob alle alliierten Mächte die Absicht gehabt hätten, diese Bedingungen auf zu heißen, die ein offener Bruch des gegenseitigen Wortes und aller Abmachungen waren. Wilson war bestimmt, wie aus neutraler Quelle mit größter Zuverlässigkeit bekannt wurde, noch vor wenigen Tagen ein scharfer Gegner aller Zwangsmaßnahmen gegen das Saargebiet. Er wollte alle Abmachungen über die Kohlenmärkte der friedlichen Vereinbarung zwischen Deutschland und Frankreich überlassen. Wenn auch der Einfluß Wilsons nach dem Waffenstillstand stark abgenommen hat, so hat er doch stets seinen Willen behauptet. Es erwidert darum als ausgeschlossen, daß er jetzt dieser Regelung zugestimmt haben soll, die weder eine „Wiedergutmachung“ noch eine gerechte Maßnahme bedeutet. Auch die Forderung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, die nicht mehr hin- und hergeschoben werden sollen, wird dadurch aufs schärfste verletzt.

Eine derartige Bestimmung wird natürlich Deutschland unter keinen Umständen unterschreiben. Sie würde also nur in Kraft treten, auf die Gefahr hin, daß der Krieg in permanenter erklärt wird. Man wird darum die weitere Entwicklung der für uns hochbedeutenden Saargefrage mit Aufheer erwarten dürfen.

B. Weimar, 16. April. (Eig. Drahtbericht.) Von zuverlässiger Seite erfahren wir, daß zwar das für das Eintreffen der deutschen Delegierten anabene Datum vom 25. April aufrechter ist, daß daneben die von der französischen Presse bekannt gegebene Aneklama der Saargebietfrage noch nicht endgültig ist.

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 6 Seiten.

Zur Friedensfrage.

Berlin, 16. April. Der Reichsminister Graf Brockdorff-Ransau sagte in einer Unterredung mit einem Vertreter der Wiener „Neuen Freien Presse“ u. a.: Es wäre ein sehr törichtes Unternehmen, dem einen unserer Gegner gegen den andern auszuspielen zu wollen. Es besteht hier viel zu enge Beziehungen, als daß ein solcher Versuch nicht bald ans Tageslicht käme. Ich glaube, es ist der Friedensdelegation einer Nation von 70 Millionen wichtiger, in offener und ehrlicher Weise ihre Gegner von der Rechtmäßigkeit alles dessen zu überzeugen, was sie erzieht, als durch kleine Intrigen die politische Atmosphäre, die noch immer von der ganzen Seite der Kriegsmächte beherrscht ist, weiter mit neuen Empfindungen zu füllen. Nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt hat in diesen vier Jahren so schwere Wunden davongetragen, daß alle an einen möglichst geregelten Verlauf des Weltkrieges interessiert sein müssen; vor allem müssen alle unsere Gegner gleich viel Wert darauf legen, daß wir die Möglichkeit erhalten, unseren Verpflichtungen nachzukommen, ebenso wie wir dann in der Lage sind, bei unsern künftigen Handelsverträgen mit Kontinenten zu tun zu haben, auf deren Solidität wir uns verlassen können. Es ergibt sich daher für alle Teilnehmer der europäischen Friedensverhandlungen zu viele Gemeinschaftsinteressen, daß bei einigen guten Willen der Völkern für eine ehrliche Verständigung gegeben ist. Ehrliche Verständigung bedeutet für uns aber der Rechtsfriede. Ein Falschhand, der Politik mit Verlogenheit und nicht mit Waffern treiben will, würde einen solchen heute ebenso wenig zustande bringen, wie vor 100 Jahren.

Vorbereitungen.

(Eigener Drahtbericht.) Berlin, 16. April. Wie wir von maßgebender Seite hören, sind von verschiedenen durchsichtigen eingeweihten Kreisen Nachrichten vorhanden, daß es sich bei der bevorstehenden Pariser Konferenz der Friedensdelegationen nicht um eine endgültige Verständigung, sondern nur um vorbereitende Verhandlungen handelt. Sollte sich diese Nachricht bestätigen, so dürfte noch Raum für Verhandlungen vorhanden sein.

Rohstoffe schon vor Friedensschluss.

London, 16. April. Ein offizielles Communiqué aus Paris besagt, daß der Oberste Wirtschaftsrat den Plan aufgegeben habe, der deutschen Regierung die in den Händen der Alliierten befindlichen Rohstoffe an Rohstoffe schon vor dem Abschluss des Friedensvertrages unter Bedingungen, die durch einen besonderen Ausschuss gemeinsam mit der Alliierten und den Finanzabteilungen des Obersten Rates ausgearbeitet werden, zum Kaufe anzubieten.

Der Durchzug der Polen.

Berlin, 16. April. Wie die Pariser Blätter mitteilen, haben die militärischen Delegierten der Konferenz von offizieller deutscher Seite die Mitteilung erhalten, daß zur Beförderung der polnischen Divisionen durch Deutschland an Stelle der bereitgestellten 10 Züge täglich nur 5 Züge zur Verfügung gestellt werden können. Die Pariser Presse erklärt die Weigerung, 10 Züge täglich zu liefern, für einen offiziellen Bruch des Brest-Litovsk-Abkommens und weist darauf hin, daß noch bereits seine ursprüngliche Forderung von 20 Zügen täglich auf 10 herabgesetzt habe. Von deutscher Seite werde gemeldet, für die Woche nach Ostern werde der ganze Verkehr auf der Linie Koblenz-Köln unterbrochen werden. Die Pariser Presse erwartet, daß noch die deutschen Vorschläge abgelehnt werden. Jedenfalls würden sich die polnischen Truppen für alle Spezialitäten zeitweilig und in den Waggonen Gevölke und Maschinen-gewölke mit sich führen.

Die deutsche Republik.

Weimar oder Berlin.

Die preußische Regierung hat an die Reichsregierung die Anfrage gestellt, ob es sich nicht ermöglichen lasse, die Nationalversammlung nach den Osterferien nach Berlin zu verlegen. Das Reichsministerium des Innern, dem diese Anfrage zunächst zuzugewandt ist, ist der Meinung, daß die Frage der Verlegung vorweg zu entscheiden keinen Fall erforderlich sei. An anderen Regierungskreisen ist man der Ansicht, daß schon mit Rücksicht auf die baulichen Verhältnisse im Reichstag mit einer Verlegung vor September nicht zu rechnen sei.

Deutscher Landbund.

(Eigener Drahtbericht.) Berlin, 16. April. Der Land in Geneswart zahlreicher Vertreter der Landwirtschaft ein Zusammenkunft sämtlicher landwirtschaftlicher Organisationen des Deutschen Reiches zu einem Reichswirtschaftsverband

der deutschen Landwirte unter dem Namen Deutscher Landbund, ferner ein Zusammenkunft der Kreisorganisationen der Provinz Brandenburg zu einem brandenburgischen Landbund statt.

Der neue Zentralrat.

Der vom Nationalrat neu gewählte Zentralrat, der aus 16 Mitgliedern der Reichssozialisten, 2 Soldatenvertretern, 1 Christlichen Sozialist, 1 Bauernvertreter und 1 Demokrat besteht, hat sich konstituiert. Als Vorsitzende hat er gewählt: Cohen und Kaack. Außerdem wurde ein innerer Ausschuss von 9 Personen gewählt, der aus 8 Mitgliedern der Reichssozialisten, nämlich Cohen, Kaack, Graefvinski, Knoblauch, Neuz, Schäfer, Schimmel, Krolla und dem Demokraten Küchel besteht. Der Soldatenvertreter Scholz soll vorläufig diesem Neuausschuss für die Erledigung sozialistischer Angelegenheiten solange beizutreten werden, bis die Entscheidung über den Reichssozialistenrat erfolgt ist. Der Ausschuss wird von 9 Mitgliedern der Reichssozialisten gebildet werden. Sein Sitz ist nach wie vor in ehemaligen preußischen Diensträumen. Wenigstens die gesamten Zentralrats sollen nach Bedarf stattfinden.

Württembergische Landesversammlung und Generalrat.

(Von unserem Stuttgarter Korrespondenten.)

Stuttgart, 16. April. Infolge des Generalrats am 8. Lage verspatet, trat gestern die württembergische Landesversammlung wieder zusammen; fruchtige militärische Schutzmaßnahmen waren auf neue getroffen. Der erste Tag war der Rechtfertigung der Regierung wegen ihrer Maßnahmen in der Streikwoche gewidmet, wobei insbesondere ihr Recht auf die Verhängung des Belagerungszustandes in Frage kam. Daraus entwickelte sich aber naturgemäß eine allgemeine Auseinandersetzung mit den Unabhängigen über den Streik. In der Landesversammlung sind die vier Nationalen württembergischer Reichstages, ihre Rednerin Clara Petzin brachte nicht das sonstige Geschäft auf und batte mit ihren Rednern ihre Rechte als die völlig berechtigten, die Regierung als schuldlos und reaktionär zu malen, kein Glück. Der Staatspräsident Bloss fand starke und wirksame Worte der Rechtfertigung und der Verteidigung, er konnte die Gefahren der radikalen Agitation an den Flugblättern und den Grausamkeiten der Streikwoche überzeugend belegen. Das Recht auf Verhängung des Belagerungszustandes konnte der Regierung nicht bestritten werden. Frau Petzin wollte auch mehr damit wirken, daß sie es als „vorrevolutionäres Recht“ brandmarkte, ohne zu beachten, daß in München ihre Gesinnungsgenossen von diesem vorrevolutionären Recht ebenso Gebrauch machten. Die Vertreter aller anderen Parteien, auch der Reichstags, stellten sich durchaus hinter die Regierung. Nur über das vorübergehende Verbot der Konsumation „Süß. Zeitung“ wegen eines Artikels, der nach Belassung des Bürgerrechts nochmals zum Bürgerkrieg „angeblasen“ habe, führte zu einer Auseinandersetzung zwischen Regierung und Reichstags. Aber sonst war Einmütigkeit für die Regierung, die in der Landesversammlung wenigstens unbedingte Festsetzt. Unter den Arbeitern ist, ihren nächsten Gesinnungsgenossen, wird ausgedrückt weiter gegen sie gearbeitet, und man wartet allgemein auf einen neuen Ausbruch des auch nach Clara Petzin bloß abgebrochenen, nicht beigelegten Generalstreiks am Anfang Mai.

An der Landesversammlung schließt der Abgeordnete Dauchmann (Deutsch-DEM. Partei) bei der zweiten Beratung des Verfassungsentwurfes die Frage der Vereinigung von Württemberg und Baden an. Er betont, wenn eine Vereinigung auf der anderen Seite vorhanden sei, so sei das württembergische Volk für die Vereinigung dieser Frage bald zu erörtern. Württemberg und Baden bilden die Frage nicht mit den Augen der Vergangenheit, sondern mit denen der Zukunft ansetzen. Staatspräsident Bloss erwiderte, die Regierung habe die Vorrede zwischen Baden und Württemberg mit großem Interesse beobachtet. Es bestanden allerdings noch Meinungsverschiedenheiten. Die Regierung habe sich nicht für befriedigt gefühlt, der Vereinigung voranzutreiben, sie wolle abwarten, bis die Vereinigung in der beiderseitigen Bevölkerung sich ausgereift habe.

Verkehrsbeschränkungen in Württemberg.

(Von unserem Stuttgarter Korrespondenten.)

Stuttgart, 15. April. Infolge des Streiks im Ruhrgebiet und des Stuttgarter Generalstreiks mit seiner Verkehrsbeschränkung sind die Kohlenvorräte der württembergischen Staatsbahnen so zusammengeschrumpft, daß die stärksten Verkehrsbeschränkungen nötig werden. Eine Reihe Züge sind eingestellt, der Dienstverkehr wird auf das dringende beschränkt, und die Staatsregierung hat in einem Rundschreiben an die Reichsregierung mitgeteilt, sie müsse noch in diesem Monat den ganzen Verkehr stilllegen, wenn nicht Kohle herbeikommt.

Die Lage in München.

Der Bahn-, Post- und Fernsprechverkehr von Augsburg nach München ist unterbrochen. Jeder Versuch, nach München zu gelangen, ist mit Lebensgefahr verbunden, da die dortigen Wochenzüge alle Verfahrwege besetzt halten und niemand in die Stadt hinein, noch jemanden aus München herauslassen. Die Postverträge zwischen Augsburg und dem anderen Bayern ruhen aus politischen Gründen an. Auch der Telefon- und Telegraphenverkehr ist eingestellt. Die Züge nach Norden verkehren nur bis Dichtenfels.

Ministerpräsident Hoffmann ist mit dem Militärminister Schneppenhorst mit unbefriedigten Zielen von Bamberg abgereist.

Die Bayern der Oberpfalz fordern in einem Aufruf an die Regierung die sofortige Abgabe von Weizen an die Bauern, insbesondere in dem Bezirk Wanglengrund. In dem Schreiben heißt es u. a.: „Wir Bauern lassen uns nicht wie tolle Schande von den Speckhäuten niederhalten oder in grausamer Weise ermorden.“ In Rittenau wurden der Bauernbundführer Ganderfer und der dortige prakt. Arzt Dr. Reicher verhaftet. Sie wurden nach Regensburg abtransportiert.

Hofenzollern.

Eine Abordnung der Deutsch-Demokratischen Partei Hofenzollern ist kürzlich in Berlin mit Vertretern des preussischen Ministeriums Verhandlungen über das Hofenzollern. Die Regierung denkt nicht an eine freiwillige Aufgabe Hofenzollerns. Die Erneuerung des Selbstverwaltungsrechts mit einem vom Lande gewählten Landespräsidenten und zwei Reichsräten wurde in Aussicht gestellt; ferner wurde ein Hofenzollerner Ausschuss in der Nationalversammlung im Weiz des Reichstages verprochen. Demnach kommen Vertreter des Ministeriums zu weiteren Verhandlungen nach Hofenzollern.

Aus den Parteien.

Demokratischer Parteitag.

Der Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei wird vom 29. bis 31. Mai, gegebenenfalls bis 1. Juni, in Kassel stattfinden. Der Gesamtverband der Partei war am 12. und 13. April in Berlin versammelt. Nachdem am ersten Verhandlungstage über die Satzungen eingehende Besprechungen gefolgt worden waren, galt die Aussprache am Sonntag den allgemeinen Richtlinien der politischen Lage und der Stellung der Fraktion in der Nationalversammlung. In dem wurde über das Parteiprogramm gesprochen. Der Inhalt der Verhandlungen war vertraulich.

Das Zentrum in Lothringen.

Während im französisch sprechenden Teile Lothringens sich eine Vereinigung des ehemaligen Zentrums mit dem ehemaligen lothringischen Zentrum der Union Republikaine Lorraine vollzogen, hat man aus dem Zentrum in Lothringen, wo das Zentrum über unterirdische Bahnen, eine laborielle Organisation und Agitation verfügt, noch kein Echo vernommen. Führer des Zentrums waren hier vielfach Deutsche, die teils weggezogen sind, teils abgesetzt sind; die christlichen Gewerkschaften sind dort zuseit ratlos.

Badische Nationalversammlung.

Interpellationen.

(Eigener Bericht.)

Inferem Bericht über den Verlauf der Dienstaabendsitzung der verfassunggebenden Versammlung traten wir noch nach, daß der Verfassungsausschuss sich mit dem Justizminister auseinandersetzen und vom Verordnungsamt übernommenen Anträgen zur Abänderung des Strafrechtsentwurfes, einvernehmlich erklärte, worauf dieser nach einer stündlich umfangreichen Einzelberatung in namentlicher Abstimmung mit 58 gegen 13 Stimmen angenommen wurde. Annahme fand auch die vom Ausschuss beantragte Resolution, nach der die Regierung den Verordnungsbehörden zur Beachtung bei Behandlung der Generalklausuraufgaben aufgeben möge, daß als Belegung gemeinwirtschaftlicher Interessen vor allem behandelt werden müssen: reine Spekulationskäufe, insbesondere Käufe von landwirtschaftlichen Gütern durch Nichtlandwirte, Aufstellungen von Stammeigentum, des Besitzes der Standesherrn und anderer bäuerlicher Betriebe, Reichsüberträge anner Häuserkomplexe oder einzelner großer Wirtschaften, unübertragbare Lieberbüchereien der Schatzkammeranteile aus der Zeit vor dem 1. August 1914. Diese Punkte sollen der Regierung angewiesen werden als Richtlinien dienen. Damit war die Beratung des Strafrechts beendet.

Die Reichstagskommissionen sind in der Sitzung der Abgeordneten in den nächsten Wochen durch die Agitation für die Gemeindefürsorge in Anspruch genommen. In der Sitzung der Reichstagskommissionen wird, infolge der Präsidenten vor, die nächste Sitzung am 18. Mai, nachm. 4 Uhr, ausberaumen. Damit war das Haus einberufen. Unter den üblichen Wünschen für die Feiertage schloß der Präsident die Sitzung nach Mitternacht ab, so daß die Morans, Cassar, Sins, Gutjahr, Rapsdorf, Schäfferbauer und Noether als Mitläufer in Betracht kommen.

Von all den Genannten war gelegentlich früherer Reichstagskommissionen schon die Rede. Cassars exzentrische Art, Sins' formal feine Formidulancen, Noethers Selbstbildnis und der Morans Stilleben, mehr oder minder aufs Normal- oder Kolonialistische hin gearbeitet, geben zu neuen Bemerkungen kaum Anlaß.

Die Sondergruppe ist auf das „Moderne“ eingestellt und glaubt damit „die Qualität“ geschaffen zu haben. (Keine Qualität“ ist das Schlagwort, das der unheimlichste „Aunifreund“ mit verächtlicher Betonung ausstößt, wenn er die „Mittelmäßigkeit des Raues vernimmt.“) Demnach hat die Sondergruppe „Qualität“ — die subtilste-geamntlich-kolonialistische. Das Kunstschicksal ist nicht verlässlich, jede Maßnahme der Rede durch Realitäten zu verwirklichen. Es ebrt sie am besten — durch selbstvollständigen Schweiß.

Im Kunstsalon der Gebr. Bodt, der neben alter Originalausgabe von Thomas, Rudolph, Schmidt, Baerentzen auszeit eine Kollektivausstellung von A. Silbendrand bringt, kann die barocke und postbarocke Del- und Aquarellmalerei dieses einseitigen Malerpoeten auf fundiert werden.

Der neu aufgekommene Kunstsalon A. Kael hat neben einigen sehr alten Thomas-Landschaften noch allerlei Aunimere von Bodt, Esser, R. Roman, Trübner u. a. gebracht und wirkt durch öfteren Wechsel seiner Auslagen anziehend und weckt Interesse.

Von der Technischen Hochschule Karlsruhe. Der Vertreter der Kunstgeschichte an der Techn. Hochschule, Geheimrat von Oechelhaeuser, ist seinem Amte entsprechend am den 1. Oktober d. J. in den Ruhestand versetzt worden. Oechelhaeuser, 1852 in Mühlheim a. Rh. geboren, war 1883 in Heidelberg Privatdozent und a. o. Professor, kam hierauf als Ordinarius für das Fach nach Karlsruhe, wo er 1902 und 1909 Rektor war. Von seinen Schriften seien besonders die Arbeit über die Miniaturen der Heidelberger Universitätsbibliothek und über die mittelalterlichen Wandgemälde in Baden hervorgehoben.

Bruno Schönfelds „Danton“-Vorlesung.

Es ist ein ganz außerordentliches Maß, das man an Bruno Schönfeld ansetzen kann, diesen aussergewöhnlichen und vollendeten Sprecher und Darsteller, den gerade das Kunstereignis dieses Dienstaabends durchdringend offenbarte. Dem was unter mancherlei Umständen auf der Bühne der gewisse Anana, den eine bestimmte Rolle ist und je ausübt auf die Entfaltung von Allereigenschaften, einschneidend verhalten, zudem kann, es mußte hier hervortreten. Der Minister hatte sich die Aufgabe gestellt, Georg Wähners Drama Dantons Tod zu brechen, ein dreiteiliges Drama von wohl dreißig Szenen und einer Fülle von Personen, Charakteren heterogener Natur, alle reichlich vom Auge des Genies. Und zwar: zu brechen mit distinkt andeutenden Akten, alsdann einer Fülle, subtilen Stillierung der Handlung als hier bewußt achandhabtem Darstellungsvermögen und Ausdrucksmittel. Man darf generell Bedenken haben, eine leise Kurze von Erinnerung, die das Drama Leben ausläßt. Gewöhnlich verzichtet sich während ausführender Beanspruchung eines Organs, des Ohrs, die Arbeit der Phantasie-Vorstellung, und man hat Mühe, auch nur dem bloßen Gedankengang eines solchermachen erfindungsreichen Dichtwerkes auszuweichen. Hier wurde das Odium verdrängt. Schönfeld hatte von Anfang bis Ende die Phantasie und Aufnahmefähigkeit der im Mathausaal voll Anwendung anwesenden und unerschöpflich in der Hand. Nichts vermochte die fette und Kraft geführte Linie einer Steigerung dieser Kunstleistung erschüttern, bis sie am Schluss überaus dem Eindruck hinterließ; dieser Abend war ein Ereignis, ein Ereignis, das nicht nur die Kunst, sondern die gesamte Menschheit an sich selbst hat. In diese Tat Schönfelds brachte uns die agentenfreie Heberzeugung, wenn generell Bedenken gegenüber: nämlich, daß derartige „Leben“ — unter dem Bericht auf „Leben“ — eine und Reanifizierung — gerade Konzentration und nicht; reiner und damit vertieft. Ich meine: es ist eine auch nur amüßliche Aufführung von mehr oder weniger Robins über mich ergehen lasse, nicht ist den Eindruck, den dieser Schauspiel mit seinem „Leben“ zu vermitteln vermochte, absolut vor. Die unabweisbare Kraft, die dem genialen

Drama emanet, trat in einer unerblicklichen Klarheit und Anschaulichkeit hier heraus. Und zwar ist das selbstverständlich nur zu erreichen — und es muß dabei eigentlich gar nicht in Vorentscheid die rein technische Leistung und Arbeit bewundernd hervorgehoben werden — nur zu erreichen in freien Vortrag: auswendig dies ganze vielgestaltige, an Höhen und Tiefen, leidenschaftlichen Akzenten und tiefen Reizarten überreiche Werk vorzutragen, mit allen erdachten Details an Größe, Bewegung, am Stimmungs-Einfällen selbst mit den Regieemerkungen und mit eigenen einseitigen prägnanten Erläuterungen) und vor allem an Charakterisierung der Personen auswendig — auswendig: das erfordert eine ganz außerordentliche Anspannung der geistigen Kräfte und die volle Beherrschung des inneren Gehaltes des Werkes. Schönfeld hat die Setze übermächtige Kunstfertigkeit bewiesen diese Aufgabe vollendet. Solche Männer muß unter deutschen Theater zu seinen besten rechnen. Nur eine vollkommene Beherrschung kann sich einer Aufgabe wie diese mit dem Erfolg unterziehen, ein Werk wie dieses gleichwertig nachschöpfend zum Erlebnis zu bringen und mitlebend zu gestalten.

Nach brande kaum auf Einzelheiten zu weisen, etwa, wie man die Mauer vor uns hintrat: der dialektische sophistische Diktatorische Sankt-Just, Noebelpierre zumal die den abgerunden Charaktere in Schönfelds Bericht, die heile Blut des wahren abläsen Lebens zur Freiheit hin, wie sie den wenigen, kurzen Demonstrationen entsprang. . . .

Und niemandem dennoch verließ sich die Verbesserung des Einzelnen in Verklärungen; überall bestatigte Diskretion und vornehmte Sparsamkeit in der Verwendung aller Ausdrucksmittel. Heberall der Atem seiner unendlichen Traut: daß die Noeb, in die Wirklichkeit verflücht, notwendig nur Kräfte wird und als Wahn die verklärt, die sie abgeben und trauen. Schönfeld hält diesen Atem durchwegs wach.

Wie nahe doch steht unserer Gegenwart dies ewigaktuelle Werk, das sich selbst geboren und den unglücklichen Autor alsdann als Werkzeuge benutzt hat, um zur Welt zu kommen: „Sturm und Drang“ — Es ist keine Maffil, wo wir seine Gedanken an Neulisten messen können. Wo wir wie auf Labenden über brodelnden Glut wandeln, heute wird uns

Kunst und Wissenschaft.

Aus dem Mannheimer Kunstleben.

Mit den Werken von C. Strachmann, S. Franz und D. Geigenherzer aus München ist der Beweis geliefert, daß die Verlehrschriftarbeiten überwunden werden können. Strachmanns Arbeiten geben in ihrer an Pöfist erinnernden Gestaltung nur auf funktionserfüllende dekorative Wirkungen aus, aber sie bilden zu den erfremlichsten Naturverherrlichungen eine allseitige Ergänzung, insofern sie die Umatur dieser Art von „Kunst“ anzufrühen machen. Die großen Gebrauchsgegenstände des Mannheimer S. Franz sind Beweis für die Fortschritte im Leben und Gestalten. Sie sind frisch und kräftig in der Farbe und lassen sich Endziel eine Leistung erwarten, der die Nichtigkeit nicht abgeprochen werden kann. Ebenso zeigen die Werke von R. Krobst ein feines Gespür des Landschaftsgeistes, wenn auch noch ein Neff im Können unerschöpflich bleibt. Weitere Werke von Alb. Rana, eine feingefühlte Landschaft, C. Wittke, ein potentiellistisches Stillleben, R. Sellmann, eine Landschaftsstudie im Leben kommen wohl als Hilfsmaterial aus dem Kunsthandel.

Die Bauwerke sind von der Vereinigung bilden der Künstler Mannheims einzuzeichnen. Eine innere Einheitslichkeit ist kaum vorzusaufen und die „Vereinigung“ bestat wohl nur in künftigen Dingen. Bestatungen bestat bestat innerhalb der „Vereinigung“ wieder eine besondere Gruppe

Badische Politik.

Hg. Dr. Haas über die Schuldfrage.

In einer Versammlung in Frankfurt a. M. sprach Hr. Dr. Ludwig Haas über „Gewaltfraktionen oder „Wirtschaftsamt“. Zur Schuldfrage äußerte er sich laut „Frankf. Na.“ u. a. folgendermaßen:

Zu der Lektüre mancher Leute, unsere Schuld an Amerika einzugehen, kann ich mich nicht verstehen, wir müssen ja den Krieg (d. i. die Entente, D. A.) leid genauso schuldig (schärfster Beifall). Und wenn die alte Regierung den Krieg verschuldet hätte, darf man jetzt Gräber und Kinder dafür büßen lassen? Nachdem der Redner die Unfähigkeit der deutschen Diplomaten gekennzeichnet hatte, betont er, daß vor dem Krieg in ganz Deutschland keine Erwerbslosengruppe herrschte, aber die offizielle französische Politik habe nie auf Entschädigung verzichtet. Wenn nun das ganze Entente der alten Geheimdiplomatie überbleibt, darf man ruhig sagen: Die Schuld am Ausbruch am Krieg ist mindestens eine Gleichverteilung. Ich habe die Heberzeugung, daß die Schuld auf der einen Seite stärker ist. (Auffimmung.) Wir müssen von der Schuld am Krieg sprechen, weil die alleinige Schuld aufbürden wollen und weil bei uns Leute wie Wilson, daß wir allein Schuld seien.

Wilson stand immer auf dem Standpunkt, daß die Schuld auf der einen Seite sei und nur entschuldigbar, weil wir den U-Bootskrieg begonnen haben? Wie kann die U-Boote noch entschuldigbar werden? Sie bewirkten einen dauernden Krieg in Deutschland. Umherziehende sind infolge der Blockade gestorben. Ähnliche Forderungen, viele Kinder werden krank und verkrüppelt. Wir können es in die Welt hinaus, daß das Verhalten unserer Generäle schamlos und vorkriegsdeutsch ist. (Auffimmung.)

Generalschlichter Dr. Haas gegen die Zurückhaltung unserer Kriegsgesandten. Die Nachrichten mehren sich, daß ihre Behandlung in Frankreich immer schlechter wird, wie sie überhaupt dort immer am schlechtesten behandelt worden sind. Der Redner befragt dann die Ausgewiesenen aus Entschädigung, die in Italien in der Villa, die Heberzeugung im Saalgebäude. Das Wilson ein einziges Mal gegen die Unrechtfertigkeiten protestiert? Badisches Gebiet will man an Frankreich anliehen, denn unsere Oberbürger wollen sie von Mannheim bis Basel. Nur einen Standpunkt sollte es bei der deutschen Regierung geben: Alles das, was nicht übereinstimmt mit den Wilsonschen Punkten wird abgelehnt. (Auffimmung.) Wir verlangen, daß über den Frieden verhandelt wird, nicht daß er diktiert wird. Die deutsche Regierung darf einen diffizilen Frieden nicht unterschreiben. Lieber wollen wir mit unsern Frauen und Kindern auszuhalten, als daß wir auf Abräube in Schuldverschuldung leben. (Schärfste Auffimmung.) Wir werden das bezahlen, was wir bezahlen müssen, aber wir fordern: Was deutsch ist, muß deutsch bleiben.

Mgr. Friedr. Werber

In Radolfzell wird demnächst in den Ruhestand treten, 53 Jahre war er ununterbrochen tätig und zwar 31 Jahre als Schulinspektor, 25 Jahre als Dekan des Kapitals Radolfzell und 25 Jahre als Rektor der dortigen „Freien Schule“. Werber war einer der bedeutendsten Führer des Zentrums in der Gegend.

Aus Baden.

Karlsruhe, 15. April. Rom 25. bis 27. April findet hier die Jahresversammlung der badischen Biologenvereine statt. An den Verhandlungsgesandten werden die Einheitschule, die praktische Ausbildung der höheren Lehrkräfte, die Lehrkräfte, die Schullehrer und die Selbstverwaltung der Schulen.

Stettin bei Stettin, 16. April. Durch Blüthel ist das hiesige Rathaus vollständig einadrigert worden.

Bruchsal, 16. April. Hier ist ein Bodenfall vorgekommen. In der Nacht zum 16. April wurde der Gemeindevorstand durch die Gemeindeverwaltung aufgelöst.

Forstheim, 16. April. Der Bäckermeister hat den Vorantrieb und damit die Umgestaltung der von 40 auf 44 Plätze. Ferner nahm er einen aus Hausbesitzerkreisen angehenden Entschluß, an wonach die Stabsverwaltung beauftragt wird, dafür einzutreten, daß endlich die Schuldenbefreiung aufgenommen werde. Bei den Verhandlungen wurde auf der Seite der Vereinigung Baden und Württembergs bestritten.

Es wurde dabei die Ansicht geäußert, komme auch durch die Volksabstimmung die Vereinigung der beiden Länder nicht zustande, so könnte trotzdem Forstheim württembergisch werden. Eine andere Luttbach hat sich am Diensta nachmittags hier ereignet. Der 45 jährige Goldarbeiter Gottlob Hoffmann war nach der Heimkehr vom Felde mit seiner 40 jährigen Ehefrau in der Wälderstraße an der Wälderstraße einen nicht erwiderten Lebenswandel geküßelt haben soll. Am Diensta nachmittags kam es nun zu einer Auseinandersetzung zwischen den Eheleuten, wobei Gottlob seine Frau auf die Straße verlor und dort mit einem Dolchmesser niederlag. Die Frau wurde sofort tot. Der Täter wurde verhaftet. In der Revierfabrik Weiskirchen erriet ein Geier in die Kammer und wurde auf der Stelle gefötet.

Wohlfahrt bei Bretten, 16. April. In dem Wohnbereich des verstorbenen Stadtmüllers Kießler kam der Sohn der Familie in das Triebwerk und wurde getötet.

Mannheim, 16. April. Einige Bauten im Arbeitslosenlager und zwei Mannschaften der Grenadierkompanie wurden der Stadtgemeinde zur Einräumung von Wohnräumen überlassen.

Heidelberg, 15. April. Der Bürgerausschuß hat in seiner gestrigen Sitzung nach dreistündiger Beratung die Maßnahmen der Stadt zur Wohnungsfürsorge gebilligt. Es wurden 80000 M. zur Beirteilung der nicht rückzahlbaren Mietverlängerungsbüchlein genehmigt, ferner für den Bau von Baracken als Wohnwohnungen 115 400 M. und für den Bau von Wohnungen für hiesige Familien 300 000 M. Weiter wurde der Gebäudevertrag mit der gemeinnützigen Baugenossenschaft genehmigt.

Gernsbach bei Trieburg, 16. April. Beim Langholzfahren ist der verheiratete Holzarbeiter Franz Lapper tödlich verunglückt.

Aus dem Stadtkreise.

Verkehrsbeschränkungen. Die ungenügenden Kohlenzufuhren, die durch den Ausbruch im Ruhrgebiet nun gänzlich ins Stocken geraten sind, haben dazu geführt, daß im Bereich der preussischen Eisenbahnen außer fast allen Schnellzügen auch eine große Anzahl Personenzüge ausfallen mußte. Auch bei den badischen Staatsbahnen haben sich infolge des Kohlenmangels

Rückganges der Kohlenbestände unter Umständen in der nächsten Zeit der Schnellzugsverkehr erheblich eingeschränkt werden. Und ist es nicht möglich, zur Bewältigung des Öfenverkehrs, wie im früheren Sachsen, besondere Vorkehrungen zu treffen. Weitere Züge, als im Fahrplan vorgesehen sind, können daher nicht gefahren werden, insbesondere auch deshalb nicht, weil infolge der Abgabe einer großen Anzahl in diesem Zustand befindlicher Lokomotiven und Wagen an die Entente, die erforderlichen Fahrzeuge für Sonderzüge fehlen. Deshalb ist es auch nicht möglich, die Schnell- und Personenzüge, die durch den schlechten Zustand der Lokomotiven ohnehin nicht voll ausgelastet werden können, ausgiebig zu verstärken. Es ist aus diesen Gründen dringend erforderlich, daß anlässlich der bevorstehenden Osterferien alle nicht unbedingt notwendigen Reisen unterbleiben. Die Eisenbahnverwaltung kann weder eine Gewähr dafür übernehmen, daß alle Reisenden befördert werden, noch daß die fahrplanmäßigen Anschlüsse erreicht werden. Mit dem Zurückbleiben von Reisenden muß deshalb jederzeit in größerem Umfang gerechnet werden. Die drohende Lage, in der sich die Eisenbahnverwaltung durch das Ausbleiben der Kohlenzufuhren befindet, zwingt nicht nur zur Einschränkung des Personen-, sondern auch des Güterverkehrs. Nicht dringliche Güter können bis auf weiteres nicht mehr befördert werden.

Fahrpreiserhöhung für notleidende Stadtkinder. In gleicher Weise wie in den letzten Kriegsjahren werden hilfsbedürftige Stadtkinder, die im Interesse besserer Ernährung von Stadtgemeinden oder Wohlfahrtsvereinen vorübergehenden Landaufenthalt vermittelt erhalten, auch im Jahre 1919 bei der Ein- und Rückreise in der 3. Klasse zum halben Fahrpreis der 4. Klasse befördert.

Kriegsleistungen von Internierten aus der Schweiz. Die schweizerische Regierung hat unter noch zu erfüllenden Bedingungen die Bewilligung erteilt, daß etwa 2000 wegen Überfülle oder wegen Verwundung in der Schweiz internierte deutsche Militärpersonen in nächster Zeit in ihre Heimat zurückkehren dürfen.

Rohrbewegung. Die mit Notstandsarbeiten am dem nächsten Rheinabenden Beschäftigten betraulichsten gestern vormittags eine Demonstration, indem sie in geordnetem Zuge von ihrer Arbeitsstätte durch die Stadt und vor das Rathaus zogen, um dort ihre Wünsche vorzutragen. Die Bürgermeister Baal und Herrmann empfingen eine Abordnung der Arbeiter, die deren Forderungen vorbrachte. Sie betonen sich in der Richtung, daß eine Zulage von 5 M. bewilligt werden solle, außerdem Beachtung der Feiertage, Entlassung der Arbeiter bei Entlassungen usw. Bis hier hatte man den Arbeiter 1 M. Zulage gewährt, gewissermaßen als Vorstufe, da durch die neue Festsetzung des Bauarbeiterlohns ihnen eine Aufbesserung in sicherer Aussicht stand. Sie verlangen jedoch im ganzen 5 M. Zulage (bisher 1,96 M.). Die geforderte Erhöhung, die von der Stadt-Verwaltung abgelehnt wurde, wird heute im Stadtrat behandelt werden. Man hofft, daß bis dahin der neue Bauarbeitervertrag abgeschlossen ist und die neuen Sätze den Demonstranten zugestanden werden können. Die Arbeiter erklärten sich mit dieser Behandlung der Angelegenheit zufrieden und nahmen am Mittag die Arbeit wieder auf. Die Demonstration ging in größter Ruhe vor sich. Es waren etwa 500 Mann beteiligt.

Freiwillige Feuerwehre R. Mühlburg. In der ordentlichen Generalversammlung erbatte der Kommandant, Herr Ferd. Goldt, den Bericht über die Tätigkeit des Korps. Auf dem Felde der Feiere fielen 3 Mitglieder, die Kameraden Hermann, Weder und Brodel. Nach dem Kaffeetrinken, der nicht beantragt wurde, schritt man zu den Neuwahlen. Der jetzige Kommandant lehnte aus Gesundheitsrücksichten eine Wiederwahl ab, auch der langjährige Vorstand August Müller trat von seinem Posten zurück. Zum Kommandanten wurde Friedrich Friedrich Pfeiffer und zum Stellvertreter Wagnermeister Friedrich Golling, zum Rechnungsführer Karl Reinmuth gewählt. Die Arbeitsmannschaft wählte zum 1. Obmann Ferd. Rabn und zum Stellvertreter Karl Schuch, die Rettungsmannschaft zum 1. Obmann August Henning, zum Stellvertreter Fritz Linder, die Spornenmannschaft zum 1. Obmann Bernhard Müller, zum Stellvertreter Friedrich Kümmerle, die Wadmannschaft zum 1. Obmann Gottlieb Hartmann, zum Stellvertreter Hermann Saar. Der zurückgetretene jetzige Abjunkt August Müller hatte sein Amt 24 Jahre inne, war auch einige Zeit Kreisfeuertar des 8. Feuerwehrtar.

Der Gefangenverein Badenia veranstaltet am Donnerstag seinen Österausflug nach der Festhalle Durlach. Das Programm, das sehr reichhaltig ausgestaltet ist, wird nach langen Entbehrungen wieder einige Stunden der Erholung bieten. Der humoristische Teil ist Herrn Mr. Algeier, dem Karlsruher Sumoristen und Mitglied der Badenia übertragen. (Siehe die Anzeige.)

Standesbuch-Auszüge.

Todesfälle. 14. April: Julie Müller, alt 84 Jahre. Witwe von Karl Müller, Sängervermeister. 15. April: Juliana Gaeber, alt 70 Jahre. Witwe von Jakob Gaeber, Maurermeister. Adolf W. n. i. d. Tagelöhner, alt 18 Jahre.

Verdingungsliste und Trauerhaus erwandener Verstorbenen. Donnerstag, 17. April: 9 Uhr: Müller, Heinrich. Annatensmeister-Witwe. Maurermeister. 9.

Aus dem Wirtschaftsleben.

Die Kohlenwirtschaft.

Berlin, 15. April. (Antsch.) Im Reichswirtschaftsministerium trat gestern der Sachverständigenrat zusammen, der auf der Grundlage des Reichskohlenberichtes vom 23. März über die aufzunehmende Ausdehnung der deutschen Kohlenwirtschaft zu beraten hat. In der Eröffnungsansprache wies der Reichswirtschaftsminister auf die Bedeutung der Kohlenwirtschaft für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands hin und warnte vor unbedingtem Vorgehen bei Ausbau der Neuorganisation, da nur von der organisierten Entwicklung aus dem vorhandenen Guttes erwartet werden könne.

Nach dem von der Regierung vorgelegten Arbeitspläne sollen das Ausfuhrverbot bis Ende Mai mit dem Sachverständigenrat zusammen in endgültiger Form festzulegen sein, anfangs Juni dem Staatensachverständigenrat und dem parlamentarischen Ausschuss vorgelegt und mit ihm verhandelt werden. In der zweiten Hälfte des Juni sollen dann die gemeinwirtschaftlichen Verbände und der Reichskohlenrat nach dem Geiste gebildet werden, damit am 30. Juni die Kohlenwirtschaft endgültig organisiert ist. In den ersten Tagen, die zur Beratung standen - Aufbau der Organisation und Regelung des Handels - bestand völliges Einverständnis der paritätisch zusammengesetzten Körper. Besonders war die Ansicht ungeteilt, daß dem freien Kohlenhandel auch in Zukunft innerhalb des gemeinwirtschaftlichen Systems keine Bedeutung zukomme, da auf die Vorteile des freien Wettbewerbs nicht verzichtet werden könne und zudem bei Ausdehnung des Handels der Weg zur Bürokratisierung unvermeidlich sei.

Der Reichskohlenrat wird sich mit geringen Erweiterungen und Änderungen aus den Mitgliedern des Sachverständigenrates und zwei bis drei paritätisch aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufbauen.

menen. Der gesetzlich vorgeschriebene Gesamtverband der Kohlenarbeiter wird als Reichskohlenverband in Form einer Aktiengesellschaft gegründet werden. Seine Mitglieder sind die bestehenden oder neu zu bildenden Bezirksverbände. Der Reichskohlenverband wird für die gesamte Kohlenwirtschaft die allgemeinen Richtlinien aufstellen und die Berufsstellen für Frauen bilden, über die in den Bezirksverbänden Streitigkeiten entstehen. Anwesenheiten, die mit den Besonderheiten der einzelnen Bezirke aufzunehmen sollen, sollen nach Möglichkeit bei der Wahl selbst entschieden werden. In der im Gesetz vorgeschriebenen Zusammensetzung der Arbeitnehmer an der Verwaltung des Reichskohlenverbandes einigte man sich dahin, daß die Arbeiter drei Viertelsratsstellen, die Anteilhaber eine solche Stelle und daß die Arbeiter außerdem ein Viertel des dreifünfteligen Vorstandes stellen sollen, das mit allen Rechten und Pflichten an der Leitung des Reichskohlenverbandes teilnimmt.

Letzte Nachrichten.

Einzug der Märker in Braunschweig.

(Eigener Drahtbericht.) h. Hannover, 16. April. Der Einmarsch des Korps Märker in Braunschweig erfolgte in der vergangenen Nacht. Die Truppen überschritten an drei Stellen braunschweigischen Boden.

Die deutsche Regierung gegen Wiedereröffnung des badischen Bahnhofs in Basel?

(Eigener Drahtbericht.) Bern, 16. April. Wie das „Journal de Genève“ zu melden weiß, hat sich die deutsche Regierung mit der Wiedereröffnung des badischen Bahnhofs in Basel nicht einverstanden erklärt, weil durch diese direkte Anbahnung die deutsche Kontrolle über den Ausfuhrumsatz von Banknoten und Wertpapieren unmöglich gemacht werde. Nach den Informationen des Genfer Blattes werden sich die Schweizer Interessenten mit diesem Bescheid nicht zufrieden geben und beantragen, daß Deutschland die Kontrolle der Reisenden schon vor der Ankunft der Züge auf Schweizer Gebiet vornehmen soll.

Schweres Explosionsunglück bei Biel.

(Eigener Drahtbericht.) Biel, 16. April. Heute vormittags 11 Uhr ereignete sich im Munitionslager des Dietrichsdorf bei Biel ein schreckliches Unglück. Die Explosion, die durch die Zündung von Munition entstanden war, zerstörte die anliegenden Häuser und verursachte erhebliche Schäden. Mehrere Personen wurden verletzt, etwa 40 bis 50 verletzt sein. Einzelheiten fehlen noch.

Maifeier in Desterreich.

Wien, 16. April. Der Ministerrat hat den 1. Mai als allgemeinen Arbeits- und Schulfesttag erklärt.

Die Ermordung des Erzherzogs Joseph demontiert.

(Eigener Drahtbericht.) Budapest, 16. April. Das Ungar. Kgl. Korr.-Büro ist von der Regierung um die Erklärung ermächtigt, daß die Behauptung, Grafen Joseph und Sacerdot seien ermordet worden, eine trübe Klage ist. Joseph von Salsburg und Sacerdot leben.

Bela Kun über den Parlamentarismus.

(Eigener Drahtbericht.) Budapest, 16. April. Bei der Eröffnung des Arbeiter- und Soldaten-Ratentages erklärte der Volksbeauftragte Bela Kun, der Parlamentarismus habe gestürzt werden müssen, an seine Stelle sei die Klassenherrschaft des Proletariats zu setzen, während infolge der imperialistischen Entwicklung die Bourgeoisie auf einseitigen reaktionären Wege abgewandert sei, was zur Folge gehabt habe, daß jede Parlamentarische Debatte wertlos geworden sei.

Neue blutige Zusammenstöße in Mailand.

(Eigener Drahtbericht.) Bern, 16. April. Im Verlauf des Mailänder - Proteststreiks kam es zu blutigen Zusammenstößen. Ein Zug von Gegenemancipierten, bestehend aus Kriegsverwundeten, Offizieren, Soldaten, Bürgern und Studenten, stieß auf dem Domplatz mit einem Zug sozialistischer Manifestanten zusammen, der unter Vorantragen roter Fahnen revolutionäre Lieder sang. Im Sandgemenge wurde ein Mann getötet und viele verwundet. Die Gegenemancipierten begaben sich darauf vor das Gebäude des „Avanti“, durchbrochen den Turm und demolierten, was sie nur demontieren konnten. Ein Soldat wurde hierbei getötet, viele verwundet. Die Wunden der „Avanti“ sind zerstört. Die Mailänder Blätter sind nicht beruhigt. Aus Verichten der französischen Presse geht hervor, daß die Mailänder Unruhen an ihrem letzten Tage vier Tote und etwa 60 Verwundete gefordert haben. In Mailand werden der Kriegsminister und der Minister der öffentlichen Arbeiten eintreffen, um persönlich eine strenge Untersuchung über die Vorfälle einzuleiten.

Berichtssaal.

Karlsruhe, 16. April. In der heutigen Sitzung der Strafkammer I wurden verurteilt: Durlach, Otto, Drohst auf Steinbach, wegen mehrfachen Betrugs i. R. zu 8 Monaten Gefängnis; wegen schweren Diebstahls: Kilgus, Wilhelm, Friedrich, aus Radolfzell zu 1 Jahr Gefängnis, Kilgus, Friedrich, aus Karlsruhe zu 3 Monaten Gefängnis; Wittmann, Heinrich, Tagelöhner aus Gernsbach, wegen Diebstahls i. R. zu 9 Monaten Gefängnis und 3-jährigem Ehrverlust; Kötter, Theodor, Bäcker aus Radolfzell, wegen schweren Diebstahls zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust und Vogel, Eugen, Volkswegmann aus Karlsruhe, wegen Diebstahls zu 6 Wochen Gefängnis; Kraus, Karl, Chefrau Margarethe, geb. Schilling, hier, wegen Diebstahls zu 8 Monaten Gefängnis.

In der heutigen Sitzung der Strafkammer III wurden verurteilt: Abel, Walter, Tagelöhner aus Hagen i. R., wegen Diebstahls i. R. zu 10 Monaten Gefängnis; wegen einfachen und schweren Diebstahls: Kuland, Johann, Eisenbrecher aus Röhrl, zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis, Roth, Julius, Arbeiter aus Röhrl, zu 1 Jahr 2 Monaten Gefängnis, Vogel, August, Zuschläger aus Röhrl, zu 1 Jahr Gefängnis und Lehmann, Konrad, Händler aus Karlsruhe, wegen Diebstahls zu 4 Monaten Gefängnis; Feutner, Emanuel, Leppel, Hermann aus Röhrl, wegen einfachen und schweren Diebstahls i. R. zu 1 Jahr 4 Monaten Gefängnis; Kunzmann, Karl, Friedrich, Hilfsarbeiter aus Röhrl, wegen schweren Diebstahls zu 7 Monaten Gefängnis; Brämann, Heinrich, Tagelöhner aus Röhrl, wegen schweren Diebstahlsversuchs im Rückfall zu 6 Monaten Gefängnis.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

(Nachdruck der mit einer Giltigkeit versehenen Artikel ist nur unter Quellenangabe gestattet.)

Amerikas Wirtschaftskampf gegen England.

(Von unserem Berliner Wirtschafts-Mitarbeiter.) Schon während des Krieges traten hervor-ragende Engländer die Befürchtung aus, daß Amerika auch nach dem Friedensschluss Großbritannien wirtschaftlich und finanziell ausdrücken werde. Und heute ist die Angst Englands um den Verlust seiner Vormachtstellung noch stärker geworden. Die finanziellen Sorgen der Briten äußern in der einen, daß der Fundwandel, der früher den internationalen Geldmarkt unumwunden beherrschte, durch den Dollarwandel verdrängt werden könne. Amerika will sich nicht mehr mit einer Mitbestimmung auf dem Geldmarkt begnügen, sondern immer entschiedener die Forderung ausprechen, daß Amerika das „Clearinghouse der Welt“ werden müsse. Dadurch, daß die Vereinigten Staaten die Wirtschaftspolitik der gesamten Entente übernehmen müßten, weil England nicht dazu in der Lage war, und durch das erhebliche Risiko, das der Fundwandel während des Krieges aufwies, wird es immer wahrscheinlicher, daß der Dollar an die Stelle des Pfund Sterling treten wird. Wie langsam dagegen die amerikanische Handelsbilanz schon vor Kriegsausbruch in einer Verfallung des National Foreign Trade Councils der Vizepräsident der International Corporation Grew machte. „Wir waren im Krieg in die Wirtschaft verwickelt, unser Geschäft am Markt, die früher England, Deutschland, Frankreich und Belgien beherrschten, auszubauen. Unser Exporthandel wuchs gewaltig. Wir haben unsere Exporte in Europa zurückzahlen können und einen Goldvorrat von 40 Prozent des Weltbestandes aufbauen. Europa schuldet uns jetzt mehr, als wir ihm vor dem Krieg schulden waren.“

Von den wirtschaftlichen Fragen ist für England die der Textilindustrie die schwierigste. Mit dieser seiner größten Industrie hat England am Weltmarkt die führende Rolle gespielt. Textilindustriemächte und Zolltarifpolitik haben England unter starkem Rohstoffmangel leiden, was sich durch die Verteuerung der Rohstoffe eine Erhöhung der Herstellungskosten ergab. Das reine Amerika neuerdings Baumwolle selbst im ardenen Maßstabe zu verarbeiten, während es bisher den größten Teil seiner Baumwollwaren von dort bezogen hatte. Die Textilindustrie illustriert am besten eine „Times“-meldung der letzten Tage, wonach eine bedeutende amerikanische Firma mit einem Jahresumsatz von 150 Millionen Dollar, Verkaufszentren in London, Manchester und Paris errichtet hat, welche die Produkte von 15 amerikanischen Baumwollwarenfabriken verkaufen soll. Auch schon in der oben erwähnten Verfallung des National Foreign Trade Councils wurde gesagt, daß die Stellung Amerikas in der Fabrikation von Textilwaren eine amerikanische Veränderung erfahren habe.

Auch die englische Eisenindustrie empfindet lebhaft die amerikanische Konkurrenz. Zu der Zeit, da England für den eigenen und den Verbündeten Bedarf Eisenmaterial herstellen mußte, haben die Vereinigten Staaten ihre Eisenproduktion außerordentlich erhöht und in die englischen Absatzgebiete eindringen können. Selbst in den englischen Domänen macht Amerika dem Mutterlande den Markt streitig. Englands Kurat, daß Amerika diese Märkte weiter beherrschen werde, scheint durchaus begründet. Besonders für Schweden wird dies zutreffen, wo die Vereinigten Staaten während des Krieges fast allein als Lieferant auftraten, während England im Gegenteil noch seinen Besitz an schwedischen Eisen-Effekten hat an die Union abstoßen müssen.

Schon seit langer Zeit beschäftigt man sich in England an amtlicher Stelle mit den Sünden der Kohlenausfuhr. Unachtsamkeit und arbeitsunwillige Kräfte verringerten die Kohlenförderung so, daß der Anlaßbedarf nur schwer gedeckt werden konnte und daß an Export kaum zu denken war. Daneben litten die amerikanischen Kohlenförderer von Jahr zu Jahr, was auf die modernen maschinellen Einrichtungen der amerikanischen Kohlenzechen zurückzuführen ist.

Ganz neu ist für beide Mächte die chemische Industrie. Das der Union auf den früher blühenden britischen Wirtschaften überaus ungenügend eingewirkt hat, neben die Engländer zu. Und mit dem englischen Niedergang hält die amerikanische Aufwärtsbewegung gleichen Schritt: die Wiederaufnahme der Vereinigten Staaten weiß zu wissen, auf die denen Englands bedenklich nahe gerückt sind. Die ungeheure Ausbreitung der amerikanischen Industrie gewinnt diese Form durch, daß sich dem Weltmarkt immer mehr zu widmen. Das zur Unterfütterung des amerikanischen Außenhandels angeordnete Netzwerk für Propananda bezeichnet als hauptsächlich für die amerikanische Expansion in Betracht kommende Länder u. a. China, Niederländisch-Indien und die britischen Kolonien. Länder, in denen bisher der englische Wirtschaftseinfluß vorherrschend war.

An einer Sorge tranken freilich beide Mächte: die Arbeiterforderungen wachsen sich auch in den Vereinigten Staaten zu Unruhen aus. Aber trotzdem bleibt noch genug, womit England in diesem Ringen benachteiligt ist.

Wenn in nächster Zeit die Sieger in Paris die heute abgelehnt werden, wird Amerika seinen Lohn durch einbringen, daß es keine unerschöpflichen (und wohl auch unerschöpflichen) Nachmittels in die Tasche der Entente warf: Nicht mehr in alledem Wettbewerb mit seinen Wirtschaften wollen, sondern überall werden auf höchsten Ebenen die Stars und Stripes dort leben, wo Union hat nur auf Selbstmaß die Herrschaft einer einstigen Vormachtstellung wird betrauen dürfen.

Berliner Börse.

Berlin, 16. April. Trotzdem die Frage des Streiks der Anteilhaber noch immer nicht ihre Lösung gefunden hat, zeigte auch heute die Börse zunächst Widerstandsfähigkeit gegen Schwankungen. Einen kräftigen Rückhalt hat die Aufwärtsbewegung der ausländischen Werte, sowie der Nationalbankiere. Von letzteren waren New-Guinea, Romana, Benannt, Nationalische Kreditbank und Westfälische Bank in den Vordergrund. Auch Deutsche Bank und Deutsche Reichsbank traten hervor. Mit Vorkommen setzten ferner wieder Lotzinger Güter und Rombach, sowie Nord- und Elektrizitätswerte ein. In Schiffahrtswerten aktualisierte sich die Kursbewegung nicht allmählich, die Mehrzahl zeigte nach unten. Die Umsätze hielten sich im Zusammenhang mit den bevorstehenden Festtagen meist in recht engen Grenzen, und im späteren Verlauf trat namentlich auf dem Rentenmarkt eine wesentliche Abmilderung ein, wobei besonders Gelsenkirchener, Rhein- und Deutsche Rentenbörse betroffen wurden. Von Petroleumwerten hielten sich Steana Romana niedriger. Recht matt lagen auch Canada-Aktien. Im Anlagemarkt blieben deutsche Anleihen bei geringen Umsätzen be-

hauptet. Die österreichischen noten zur Abschwa- buma, die ungarischen waren etwas feiner.

Table with multiple columns listing various goods and their prices, including items like 'Schaukasten', 'Kochgeschorn', 'Kochgeschorn', etc.

Frankfurter Börse.

Frankfurt a. M., 16. April. Die Geschäftstätigkeit der Börse war heute wieder stark beeinträchtigt, da die Nachrichten von der bedrohlichen Unruhe in München Veranlassung zur Zurückhaltung boten.

Table with multiple columns listing various goods and their prices, including items like 'Hadische Pant.', 'Darmstädter Pant.', 'Dresdner Pant.', etc.

Antwort erhalten, daß die Reichsware ausschließlich durch die Vermittlung der bezugsberechtigten Fachverbände erfolge.

Antwort erhalten, daß die Reichsware ausschließlich durch die Vermittlung der bezugsberechtigten Fachverbände erfolge. Die Fachverbände für Industrie, Großhandel und Konfektion sind verpflichtet, nicht nur ihre Mitglieder, sondern auch deren Berufs- genossen bei der Zuteilung der ihnen überwiesenen Bestände an Reichsware zu berücksichtigen.

Die deutsch-schweizerischen Wirtschaftsbeziehungen. Eine Note der französischen Regierung an die schweizerische Gesandtschaft in Paris betitelt, daß die Blockade gegen Deutschland auf der Basis der deutsch-schweizerischen Wirtschaftsbeziehungen aufzuheben sei.

nicht anders eraina, während wiederum viele andere sich dabei ganz hübsche Vorräte aufzulegen konnten.

nicht anders eraina, während wiederum viele andere sich dabei ganz hübsche Vorräte aufzulegen konnten. Man könnte freilich meinen, daß da im Verteilungsmodus irgend etwas nicht stimmt. Aber das wäre natürlich eine grundfalsche Meinung.

Vom Wetter.

Table with columns for weather forecasts, including 'Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe' and 'Rhein-Wasserstände, morgens 6 Uhr'.

Zur Kräftigung der Nerven, zur Erhöhung der Lebensenergie, zur Erhöhung körperlicher und geistiger Arbeit werden allgemein Leciferrin-Tabletten empfohlen und verordnet. Preis M. 3.— in Apotheken erhältlich.

Resi Der schwarze Jack. Waldstr. 30. Ab Ostern: In den Hauptrollen: Gussy Fritz, Texas Fred.

Teehaus Rondellplatz. feinstes Familienkaffee am Platz. Jeden Abend und Sonntag nachmittag Künstler-Trio von Bretschger.

Bad. Landestheater. Spielplan vom 20. bis 28. April. Im Konzerthaus. Sonntag, 20. nachm. 2 Uhr (Sonder- vorst.) „Im weißen Rössl“ 2-4 1/2 (70 % bis 3 1/2 20 %).

Schriftsteller. die Abgabellen für ihre Werke suchen, die Anregung zu weiter. Schaffen wünschen, lesen das große Fachblatt das mehr Text, Bedarfsangaben als die anderen Blätter des Faches zusammen bringt: die Reichs-Druckerei-Verlag in Weimar 125 o.

Bachverein e. V. Eintrittskarten zu dem am 17. April, abends 7 Uhr, in der Festhalle stattfindenden Generalprobe zur Matthäuspassion sind zum Preise von 2 Mk., auch für Mit- glieder in der Musikalienhandlung Doert sowie an der Abendkasse zu haben.

Ges. d. Angew. Badenia E. V. Zu dem am Ostersonntag stattfindenden Familienfest in die festliche Durlach mit ganz besonderem Programm laden wir die verehr. Mitglieder mit ihren wertigen Angehörigen höchlichst ein.

Zur Zahnpflege: Zahnbürsten, Zahnpasta in Tuben u. in Dosen, Mundwasser, Zahnpulver empfiehlt H. Bieler.

H. Bieler Parfümeriehandlung Kaiserstraße 223 zwisch. Douglas- u. Hirschstr. Elektr. Koch-Apparate, Gaskocher, Gasback- und Bratöfen, Emil Schmidt & Kons. Kaiserstraße 209.

Baden-Baden. Hotel Stadt Straßburg und Quellenhof. Ruhige Lage — Sofien-Allee — allern. den Bädern, 5 Minuten vom Kurhaus. In beiden Häusern alle neuzzeitlichen Einrichtungen — Wasserversorgung in den Zimmern usw.

Stärke-Wäsche. Salon- und Wannenbäder. wird wieder in normaler Lieferfrist besorgt. Dampfwaschanstalt Schorpp. Annahme-Stellen in Karlsruhe: Kaiserallee 37, Schillerstraße 18, Gabelbergerstraße 1, Amalienstraße 15, Rheinstraße 18, Ecke Kurven- und Augustastraße, Kaiserstraße 34, Kaiser- straße 243, Wilhelmstraße 32, Bernhardstraße 8, Ecke Ludwig-Wilhelm- straße, Werderstraße 32.

ODEON-MUSIKHAUS KARLSRUHE. AMERSTR. 175. TELEFON Nr. 339. Keine Wanze mehr für nur mit Kammerjäger Berg's Nicodol I u. II zu erzielen. Erfolg verblüffend. Kinderleicht anzuwenden. Ges. gesch. Viele Dankschr. Doppelpack Mk. 2.— Ausreichend für 1-3 Zimmer und Betten.

GEBR. LEICHTLIN. Karlsruhe Zähringerstr. 69. Telefon 48. Papier-Großhandlung Buch- und Akzidenzdruckerei Kunststräßenanstalt Fabrik für chem. präp. Papiere.

Dachpappe Carbolineum Stampfasphaltplatten Zementplatten Teerprodukte liefert Rhein. Asphalt- u. Zement- platten-Fabrik G. m. b. H. Karlsruhe-Hafen.

Passende Geschenkartikel, wie: Einschreibebücher, Poesiebücher, Tagebücher, Kochbücher, Notizblöcke, Notizbücher, Geldscheintaschen, Brieftaschen, Schreibmappen, Zigarentaschen, Petschafte, Siegelackgarnituren etc. Feine Briefpapiere offen und in Kassetten Schreib- und Zeichen-Materialien

Büro-Möbel Gramophon-Platten erste Klasse Arbeit billige Preise Emil Schwehr Fernspr. 2650 Douglasstr. 7. alle u. gebrochene Platten, kauft zu den höchsten Preisen Odeon-Musikhaus, Karlsruhe, Kaiserstr. 175. Tel. 339.

Resi Der schwarze Jack. Waldstr. 30. Ab Ostern: In den Hauptrollen: Gussy Fritz, Texas Fred.

Dem verehrten Publikum zur gefl. Kenntnis u. Einladung zur Eröffnung des altbekannten, gut renommierten

Weinrestaurant

Luisenstr. 14 früher Fränkle

Südstadt

ff. Weine. Zeitgemäße Küche. Gutes Bier. Kaffee. Verschiedene Min. Quellen. Hochachtend J. Rau und Frau, früher Chabesofabrik, Kaiserstraße 24.

Empfehlungen

Dienstmannenf besorgt alles. Telefon 3406. Aronstraße 7 II.

Zeichen-Werftätte

für Adler, alle Zeichen, Plakate, Zettel, Briefe, Karten, etc. Grottestraße 31 III. Sprechzeit täglich von 8 bis 12 Uhr.

Verloren

Verloren: 1. Schlüssel, 2. Geldbeutel, 3. Geldscheine, 4. Briefe, 5. etc. Gegen Belohnung abzugeben. Grottestraße 31 III.

Verkauf

Verkauf: 1. Haus, 2. Grundstück, 3. etc. Interessenten bitten sich zu melden. Grottestraße 31 III.

Verkauf

Verkauf: 1. Haus, 2. Grundstück, 3. etc. Interessenten bitten sich zu melden. Grottestraße 31 III.

Verkauf

Verkauf: 1. Haus, 2. Grundstück, 3. etc. Interessenten bitten sich zu melden. Grottestraße 31 III.

Verkauf

Verkauf: 1. Haus, 2. Grundstück, 3. etc. Interessenten bitten sich zu melden. Grottestraße 31 III.

Verkauf

Verkauf: 1. Haus, 2. Grundstück, 3. etc. Interessenten bitten sich zu melden. Grottestraße 31 III.

Verkauf

Verkauf: 1. Haus, 2. Grundstück, 3. etc. Interessenten bitten sich zu melden. Grottestraße 31 III.

Verkauf

Verkauf: 1. Haus, 2. Grundstück, 3. etc. Interessenten bitten sich zu melden. Grottestraße 31 III.

Verkauf

Verkauf: 1. Haus, 2. Grundstück, 3. etc. Interessenten bitten sich zu melden. Grottestraße 31 III.

Verkauf

Verkauf: 1. Haus, 2. Grundstück, 3. etc. Interessenten bitten sich zu melden. Grottestraße 31 III.

Verkauf

Verkauf: 1. Haus, 2. Grundstück, 3. etc. Interessenten bitten sich zu melden. Grottestraße 31 III.

Verkauf

Verkauf: 1. Haus, 2. Grundstück, 3. etc. Interessenten bitten sich zu melden. Grottestraße 31 III.

Verkauf

Verkauf: 1. Haus, 2. Grundstück, 3. etc. Interessenten bitten sich zu melden. Grottestraße 31 III.

Verkauf

Verkauf: 1. Haus, 2. Grundstück, 3. etc. Interessenten bitten sich zu melden. Grottestraße 31 III.

Verkauf

Verkauf: 1. Haus, 2. Grundstück, 3. etc. Interessenten bitten sich zu melden. Grottestraße 31 III.

Verkauf

Verkauf: 1. Haus, 2. Grundstück, 3. etc. Interessenten bitten sich zu melden. Grottestraße 31 III.

Villa, alter Hardtwaldkathol

schöne, freie Lage, 16 Zimm., Garten, an 140000 Mark per 1. Juli beziehbar. Gg. Heberle, Poststraße 37, Tel. 2399.

3 Delgemälde

und 8 Stück Kristall-Steinbeleg, 28 1/2 x 37 und 38 x 37, ohne Rahmen, zu verkaufen. Ansuchen bei D. Lehner, Berggasse, Kaiserstraße 172.

Gerüstholz (Langholz)

zu verkaufen. Gefällige Angebote mit Preis unter Nr. 496 ins Tagblattbüro erbeten.

Zentral-Nähmaschine

neu, ungebraucht, preiswert zu verkaufen. Schellstr. 33, 3. Stod.

Kaffeeapparat

zu verkaufen. Gefällige Angebote unter Nr. 546 ins Tagblattbüro erbeten.

Schreibtisch

Diplomat, massiv Eiche, 120 x 60 cm, zu verkaufen. Grottestraße 31 III.

Schreibmaschine

zu verkaufen. Gefällige Angebote unter Nr. 546 ins Tagblattbüro erbeten.

Wägerei und Konditorei

zu verkaufen. Gefällige Angebote unter Nr. 546 ins Tagblattbüro erbeten.

Kinderliege

zu verkaufen. Gefällige Angebote unter Nr. 546 ins Tagblattbüro erbeten.

Wettdecken

zu verkaufen. Gefällige Angebote unter Nr. 546 ins Tagblattbüro erbeten.

Einzelzimmer

zu verkaufen. Gefällige Angebote unter Nr. 546 ins Tagblattbüro erbeten.

Einzelzimmer

zu verkaufen. Gefällige Angebote unter Nr. 546 ins Tagblattbüro erbeten.

Einzelzimmer

zu verkaufen. Gefällige Angebote unter Nr. 546 ins Tagblattbüro erbeten.

Einzelzimmer

zu verkaufen. Gefällige Angebote unter Nr. 546 ins Tagblattbüro erbeten.

Einzelzimmer

zu verkaufen. Gefällige Angebote unter Nr. 546 ins Tagblattbüro erbeten.

Einzelzimmer

zu verkaufen. Gefällige Angebote unter Nr. 546 ins Tagblattbüro erbeten.

Einzelzimmer

zu verkaufen. Gefällige Angebote unter Nr. 546 ins Tagblattbüro erbeten.

Einzelzimmer

zu verkaufen. Gefällige Angebote unter Nr. 546 ins Tagblattbüro erbeten.

Schw. garn. Gut 25/4

Damenstiefel, Gr. 39, 55/4, ganz hohe Schäfte zu verk. Warth. Hauptstr. 45.

1. Ordnung-Schranf

zu verkaufen. Gefällige Angebote unter Nr. 546 ins Tagblattbüro erbeten.

1. Ordnung-Schranf

zu verkaufen. Gefällige Angebote unter Nr. 546 ins Tagblattbüro erbeten.

1. Ordnung-Schranf

zu verkaufen. Gefällige Angebote unter Nr. 546 ins Tagblattbüro erbeten.

1. Ordnung-Schranf

zu verkaufen. Gefällige Angebote unter Nr. 546 ins Tagblattbüro erbeten.

1. Ordnung-Schranf

zu verkaufen. Gefällige Angebote unter Nr. 546 ins Tagblattbüro erbeten.

1. Ordnung-Schranf

zu verkaufen. Gefällige Angebote unter Nr. 546 ins Tagblattbüro erbeten.

1. Ordnung-Schranf

zu verkaufen. Gefällige Angebote unter Nr. 546 ins Tagblattbüro erbeten.

1. Ordnung-Schranf

zu verkaufen. Gefällige Angebote unter Nr. 546 ins Tagblattbüro erbeten.

1. Ordnung-Schranf

zu verkaufen. Gefällige Angebote unter Nr. 546 ins Tagblattbüro erbeten.

1. Ordnung-Schranf

zu verkaufen. Gefällige Angebote unter Nr. 546 ins Tagblattbüro erbeten.

1. Ordnung-Schranf

zu verkaufen. Gefällige Angebote unter Nr. 546 ins Tagblattbüro erbeten.

1. Ordnung-Schranf

zu verkaufen. Gefällige Angebote unter Nr. 546 ins Tagblattbüro erbeten.

1. Ordnung-Schranf

zu verkaufen. Gefällige Angebote unter Nr. 546 ins Tagblattbüro erbeten.

1. Ordnung-Schranf

zu verkaufen. Gefällige Angebote unter Nr. 546 ins Tagblattbüro erbeten.

1. Ordnung-Schranf

zu verkaufen. Gefällige Angebote unter Nr. 546 ins Tagblattbüro erbeten.

1. Ordnung-Schranf

zu verkaufen. Gefällige Angebote unter Nr. 546 ins Tagblattbüro erbeten.

1. Ordnung-Schranf

zu verkaufen. Gefällige Angebote unter Nr. 546 ins Tagblattbüro erbeten.

Versicherung gegen Aufruhr Plünderung Raub

vermittelt gegen mäßige Prämien und coulante Bedingungen. Generalagentur der Wilhelm Briese, Karlsruhe. Gartenstr. 44 b. „Allianz“ für Baden. Generalagent Saar, Karlsruhe, Kaiserstr. 243, Tel. 546. Generalagent Pfanner, Karlsruhe, Hirschstr. 51 a, Tel. 2088.

Sonderabdrucke

aus der Badischen Landeszeitung - Karlsruhe - Gegen den Zusammenbruch von Württemberg und Baden. Bestellungen umgehend erbeten. Badische Druck- und Verlags-Gesellschaft (Druck der Badischen Landeszeitung) Karlsruhe, Hirschstraße 9. Fernsprecher 400.

Kriegsanleihen

zur Ausfüllung der Kriegsanleihen. Interessenten bitten sich zu melden. Grottestraße 31 III.

Kriegsanleiher-Verband

zur Ausfüllung der Kriegsanleihen. Interessenten bitten sich zu melden. Grottestraße 31 III.

Reichsanleihe-Konten

zur Ausfüllung der Reichsanleihe-Konten. Interessenten bitten sich zu melden. Grottestraße 31 III.

Autohaus Peter Eberhardt

Abteilung Fahrräder. Amalienstr. 57 u. 65. Tel. 724.

Fahrrad-Bereifung

in- und ausländische Ware eingetroffen. Autohaus Eberhardt, Amalienstraße 57 und 65.

Aufuhr-Versicherungen

schließt zu vorteilhaften Bedingungen ab die Generalagentur der Vaterländischen & Rhenania. Telefon 1526. Erbprinzenstraße 31.